

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Nr.: 08/2014

21. Jahrgang

6. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 3. Dezember 2014

LINKE unterstützt Mieter bei Hausverkauf durch Pro Potsdam

Realisierbare Alternativen gesucht

Jana Petry und weitere Bewohner der Großbeerenstraße in Babelsberg warteten geduldig, bis ihr Tagesordnungspunkt 9.16 dann doch noch vorgezogen wurde, dank der Rücksicht auf das mitgebrachte Baby.

Die LINKE hatte Rederecht für die Betroffenen zu ihrem Antrag erwirkt, dass mit der Mieterinitiative aus der Großbeerenstraße, deren Wohnungen die Pro Potsdam verkaufen will, Gespräche mit dem Ziel zu führen sind, den Mietern eine realisierbare Möglichkeit zu geben, ihre Häuser zu erwerben, oder die Mieterrechte langfristig zu sichern bzw. eine bezahlbare Alternative zur Verfügung zu stellen.

Die 12 Mietparteien mit 35 Bewohnern haben Angst, ihr Zuhause zu verlieren, zumal die Pro Potsdam jedes der sechs Zweifamilienhäuser einzeln ausschreibt. Denn, wenn jemand ein solches Haus kauft, dann mit Sicherheit zu dem Zweck des Eigenbedarfs. Und dann? Jana Petry hatte in einem sehr emotionalen Vortrag die Ängste der Bewohner den Stadtverordneten überbracht, hatte erzählt, was für sie die Verunsicherung bedeutet, ihr Zuhause zu verlieren. Fünf Generationen leben in den be-



troffenen Häusern in guter Nachbarschaft. Aber die Absichten der Pro Potsdam bedeuteten für einen Großteil der Mieter (70 Prozent der Bewohner sind sozial benachteiligt) nicht nur die Gefahr der Kündigung, sondern gar der Obdachlosigkeit – in Anbetracht des Angebots an bezahlbarem Wohnraum in Potsdam. Sie hätten durchaus Möglichkeiten, dem entgegen zu wirken. „Zum Beispiel haben wir uns bereits um finanzielle Unterstützung beworben. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung vergibt an innovative Pilotprojekte nachhaltiger Stadtentwicklung Fördermittel in sechsstelliger Höhe.“ Auch über eine Genossenschaft hätten sie schon beraten. Sie hatten Briefe geschrieben, um Gespräche gebeten, demonstriert und Plakate aufgestellt, aber die Pro Potsdam habe sie abgewiesen, sogar schon das erste Haus zum Verkauf ausgeschrieben. Jana Petry appelliert an die Stadtverordneten „Die Pro Potsdam ist eine Gesellschaft der Stadt. Halten Sie den Verkaufsprozess auf.“ Die Mieter brauchen Zeit, um ihre Konzepte entwickeln

(Fortsetzung auf Seite 2)

Mit auf den Weg ...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

in vorweihnachtlicher Stimmung tagten die Stadtverordneten zum letzten Mal in diesem Jahr. Wichtigster Punkt war zweifellos der Haushaltsentwurf für die Jahre 2015 und 2016. ER ist Ausdruck der Leistungsfähigkeit der Stadt, die Voraussetzung ist für die Bewältigung der anstehenden Herausforderungen insbesondere beim Schulneubau, beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen. Potsdam ist eine wachsende Stadt mit großem Potenzial. Das zeigt sich auch am ersten Spatenstich für das Sport- und Freizeitbad am Brauhausberg. Die von vielen ersehnte Eröffnung soll Ende 2016 sein. Dabei hätte ohne den zweitaufwändigen Umweg der möglichen Ansiedlung im Bornstedter Feld viel Geld gespart werden können. Die Finanzkraft der Stadt wird auch daran sichtbar, dass bei Bedarf fast über Nacht zusätzliche Gelder gefunden werden, ob bei der kurzfristig notwendigen Sanierung der Hallen im Luftschiffhafen, immerhin 5 Mio. € ebenso wie für die fragwürdige Planungsworkstatt zur Gestaltung des Lustgartens. Auch die inzwischen gecancelte Idee des Oberbürgermeisters für einen Zwischenumzug der Fachhochschule in das Rechenzentrum an der Breiten Straße hätte wahrscheinlich etwa 1 Mio. € gekostet. Es lohnt sich also, genau hinzusehen und auf die Potsdamer zu hören, die sich zum Beispiel im Bürgerhaushalt klar gegen den Abriss des Mercure aussprechen. Es wird eine spannende Haushaltsdiskussion, in die wir uns mit unseren Schwerpunkten einbringen werden. Ich wünsche Ihnen eine frohe und erholsame Weihnachtszeit.



Ihr Hans-Jürgen Scharfenberg

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern eine besinnliche Advents- und Weihnachtszeit und einen guten Start ins Jahr 2015.

Triebfedern meiner kommunalpolitischen Arbeit

Es geht um demokratische Teilhabe aller sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft; in der Kultur und in der Bildung. Teilhabe ist der Schlüssel für eine zukunftsfähige Gesellschaft.



Es geht mir um Solidarität in der Gesellschaft wie auch in dieser Stadt. Solidarität bedeutet für mich, dass Menschen sich für die Rechte Benachteiligter so einsetzen, als wären sie selbst betroffen. Das bedeutet zum Beispiel für uns als LINKE – sich konsequent für kostenloses Schulesen und bezahlbare Mieten einzusetzen.

Es geht um Gerechtigkeit als Klammer menschlichen Zusammenlebens. Ohne soziale Gerechtigkeit gibt es keine wirkliche Demokratie. Dies bedeutet, dass alle Teile dieser Stadt die gleichen Entwicklungschancen bekommen – und mit alle meine ich auch alle und nicht nur die Potsdamer Mitte, sondern auch Groß Glienicke, die Waldstadt und den Stern.

Es geht um Toleranz und Respekt, damit in einer weltoffenen Stadt die Unterschiede nicht zur Diskriminierung führen, sondern kulturell bereichern. Respekt gegenüber unterschiedlichen Biografien; seien sie östlich oder westlich, nördlich oder südlich. Toleranz gegenüber unterschiedlichen Lebensentwürfen, ob Hausbesetzer oder Hausbesitzer, ob Freiland oder Schloss, ob Single oder Großfamilie, ob gläubig oder Atheist.

Es geht um ein modernes und dynamisches Potsdam. Mit weiteren Wirtschaftsansiedlungen mit guter Arbeit und gerechten Löhnen. Mit unterschiedlichsten Kulturangeboten, die sich jeder leisten kann. Es geht um Potsdam als eine attraktive und lebenswerte Hochschulstadt.

Sascha Krämer

Honorare für Kursleitende der Volkshochschule

Honorare für Kursleitende an der Volkshochschule sollen schrittweise auf 30 Euro angehoben werden. Nach mehreren Änderungsanträgen zu dem Antrag der LINKEN war schließlich dieses Ergebnis angenommen worden. Zu prüfen sei auch, wie das sogen. Berliner Modell in Potsdam angewendet werden kann. Dabei geht es darum, versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen. Der Antrag wurde so geändert beschlossen.

Atelierprogramm

Zur Unterstützung der Bildenden Kunst in Potsdam soll ein Atelierprogramm vom Bereich Wirtschaftsförderung aufgelegt werden. Der von Karin Schröter eingebrachte Antrag der LINKEN wurde in den Kulturausschuss überwiesen.

Finanzielle Bürgerbeteiligung

Als Beitrag zur Haushaltsdiskussion wollte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg den Antrag der LINKEN verstanden wissen, die den Oberbürgermeister auffordert, Modelle einer finanziellen Bürgerbeteiligung für städtische Projekte, ähnlich dem Kundenfonds der EWP, vorzuschlagen. Der Antrag wurde in den Hauptausschuss überwiesen.

Plastik vor die Bibliothek

Die einst vor der Bibliothek aufgebaute Schriftplastik von Prof. Günter Junge mit den Zitaten der elften Feuerbachthese von Karl Marx „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sie zu verändern“ und dem Goethe-Zitat aus Faust II „Alles Vergängliche ist nur ein Gleichnis“ soll wieder in der Nähe des neuen Bildungsforums aufgestellt werden. Dr. Karin Schröter hatte den Antrag begründet. Da Dr. Iris Jana Magdowski informierte, dass die Planungen schon weit fortgeschritten sind, um das Kunstwerk vor dem OSZ in der Ulanen-Kaserne aufzubauen, wurde der Antrag zur erneuten Behandlung in den Kulturausschuss und den Beirat für Kunst im öffentlichen Raum überwiesen.

(Fortsetzung von Seite 1)

zu können, sich um die Finanzierung zu kümmern. Sie bat: Bitte geben Sie uns diese Zeit.

„Wir können Einfluss nehmen“, sagte Hans-Jürgen Scharfenberg, als er danach zur Antragsbegründung sprach. Hier gehe es um ein konkretes Unternehmensziel der ProPotsdam, das die Stadtverordneten

„Nette Toilette“

Im Bewusstsein, dass es an öffentlichen Toiletten in Potsdam mangelt, sollte geprüft werden, ob sich die Stadt nicht für das schon bundesweit von 150 Städten und Gemeinden verfolgte Projekt entschließen könne, schlug Jana Schulze mit dem Antrag der LINKEN vor. Dabei stellen Gastronomen und Einzelhändler ihre Toiletten für die öffentliche Nutzung kostenlos zur Verfügung und die Stadt übernimmt anteilig Kosten für die Reinigung. Der Antrag soll im Hauptausschuss behandelt werden.

Modellprojekt Schulobst- und Gemüseprogramm

Die LINKE startete einen neuen Vorstoß für ein Modellprojekt, gemeinsam mit den Obst- und Gemüsebauern der Region Schülerinnen und Schüler der Potsdamer Schulen mit frischem Obst und Gemüse zu versorgen. Sascha Krämer stellte die Vorzüge für Kinder und Jugendliche an den Schulen dar, es gehe um Bildungsarbeit und die Entwicklung von Ernährungsgewohnheiten, aber auch um die Nutzung der regionalen Potentiale im Obst- und Gemüseanbau für eine gesunde Schulverpflegung. Dass sich das Land bisher nicht an dem entsprechenden Programm der EU beteiligt, dürfte kein Hindernis sein, selbständig ein Modellprojekt zu entwickeln. Der Antrag wurde in den Bildungsausschuss und den Ausschuss KOUL überwiesen.

Erledigt

Mobilitätsticket

Antragsteller für ein Schülerticket, die im Bereich Bildung der Stadtverwaltung abgelehnt worden sind, bekommen eine schriftliche Information, dass sie einen Antrag beim Jobcenter Potsdam für ein Mobilitätsticket stellen können.

Vielen Antragstellern war dies in der Vergangenheit nicht bekannt, so dass sie die Unterstützung nicht in Anspruch nehmen konnten. Mit der Zusage der Verwaltung, dass künftig so verfahren werde, erklärte die Fraktion den Antrag durch das Handeln der Verwaltung erledigt

bestimmen. „Wir wollen echte Chancen für die Mieter der städtischen Gesellschaft gewahrt wissen.“

Oberbürgermeister Jann Jakobs wolle sich ein genaueres Bild verschaffen. Dem Vorschlag, den Antrag im nächsten Hauptausschuss am 10. Dezember zu behandeln, folgten 24 Stadtverordnete. 22 Stadtverordnete sahen eher die Dringlichkeit einer sofortigen Entscheidung, unterlagen aber.

Mehr Fahrkartenautomaten

Oberbürgermeister Jann Jakobs verneinte die Frage von Sascha Krämer, ob es nicht sinnvoll wäre, die Combinos mit zusätzlichen Fahrkartenautomaten auszurüsten, da sie bei oftmals voller Straßenbahn für Fahrgäste kaum erreichbar sind. Es sei technisch möglich, würde aber zu Lasten der Platzkapazität gehen, vor allem auch für mobilitätsbehinderte Menschen.

Leeres Gebäude in der Waldstadt

Sascha Krämer leitete eine Frage aus der Waldstadt an die Verwaltung weiter. Unverständnis bestehe darüber, dass die ehemalige Kita der AWO seit Jahren leer stehe und sich zum Schandfleck entwickelt habe.

Burkhard Exner erklärte, dass es sich um ein städtisches Grundstück handele, das als Reservelfläche für die Erweiterung der Grundschule in der Nähe um einen neue Turnhalle vorgehalten wird.

Heidehaus Großbeerstraße

Der Erlös aus dem Verkauf des Heidehauses in der Großbeerstraße sollte für die Sanierung der Heidesiedlung durch die Pro Potsdam eingesetzt werden. Es sei in einem beklagenswerten Zustand und verfalle immer mehr, stellte Birgit Müller fest und wollte wissen, wann mit dem Verkauf zu rechnen ist.

Oberbürgermeister Jann Jakobs teilte mit, dass der Aufsichtsrat der Pro Potsdam beschlossen hatte, den Verkauf nach dem Sanierungsbeginn der Heidesiedlung im Jahr 2015 einzuleiten. Ob Sicherungsmaßnahmen in der Zwischenzeit geplant sind, konnte Jakobs nicht sagen, sagte aber eine Antwort im nächsten Hauptausschuss zu.

Gedenkstätte Lindenstraße

Zur Frage von Dr. Karin Schröter, wann nach dem Satzungsbeschluss für die Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße 54 mit dem Personalkonzept zu rechnen sei, verwies Jann Jakobs auf die Satzungsänderungen der Stiftung, die auf der Tagesordnung stehen. Erst mit dem Beschluss der SVV könnten die Personalentscheidungen eingeleitet werden.

Betreiber Schiffbauergasse

Vor einem Jahr war die Betreuung der Schiffbauergasse der Pro Potsdam übertragen worden, die kulturell-künstlerischen Aufgaben sollten von der Stadt ausgeschrieben werden. Wie ist der Stand?, wollte Dr. Karin Schröter wissen.

Dr. Iris Jans Magdowski informierte, dass auf Grund des Auftragswertes von 207.000 Euro ein EU-weites Verfahren durchzuführen ist. Im Verfahren werden nun 3 bis 5 sich als geeignet er-

wiesene Bieter aufgefordert werden, ein Konzept einzureichen. Die Aufgabe werde für vier Jahre vergeben. Einen Termin könne sie „seriöser Weise“ nicht nennen.

Neues Depot für Potsdam Museum

Auf Beschluss der SVV wird das Depot des Potsdam Museums für die Unterbringung von Flüchtlingen freigezogen. Welche Standorte für ein neues Depot wurden gefunden, fragte Dr. Karin Schröter. Nach wie vor seien mehrere Standorte im Gespräch – in der Nähe des Stadthauses, in Fahrland und in Berlin. Das Backsteinhaus in Berlin werde von den Fachleuten als geeignet für den teilweise wertvollen Bestand des Depots angesehen, so die Antwort der Meigeordneten Magdowski. Eine zeitweilige Unterbringung im freigezogenen Rechenzentrum komme nicht infrage, sagte sie auf die Nachfrage von Dr. Scharfenberg.

Zwischenumzug der Fachhochschule

Welche Kosten wären bei einem von der Verwaltung ins Gespräch gebrachten Zwischenumzug der Fachhochschule in das Rechenzentrum angefallen, wollte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg wissen.

Oberbürgermeister Jann Jakobs teilte mit, dass die Verwaltung mit 367,500 Umbaukosten zusätzlich Planungskosten gerednet habe. Für den Umzug wurden 60.000 Euro veranschlagt. Auf Nachfrage ergänzte Jakobs, dass dafür Städtebau-Fördermittel zur Beseitigung von städtebaulichen Missständen möglich gewesen wären. Auch wenn die Stadt dies selbst hätte tragen müssen, wäre es vorteilhaft gewesen, weil das Gebäude dann abgerissen worden wäre und die Stadt in die Vermarktung der Grundstücke hätte gehen können.

Kostenloses Schulesen

905 Schülerinnen und Schüler erhalten per 1.11.2014 nach der Härtefallregelung kostenloses Schulesen. Das teilte Dr. Iris Jana Magdowski auf die Frage von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg mit. Davon wird für 705 Schüler der Eigenanteil von 1 Euro durch die Landeshauptstadt Potsdam getragen. Für weitere 139 Kinder wird der Kostenbeitrag auf Grund von Notsituationen in voller Höhe übernommen, für Eltern von 26 Schülern, die sich ebenfalls in Notsituationen befinden aber in der Lage sind, einen Euro zu bezahlen, zahlt die Landeshauptstadt den Restbetrag. Seit diesem Jahr fallen 35 Schüler im Rahmen der Hilfe zur Erziehung, die in der Landeshauptstadt untergebracht sind, ebenfalls unter die Härtefallregelung. Hier bezahlt der Träger einen Eigenanteil von 1 Euro. Die Zahl der potenziell in Frage kommenden Schüler nach der Härtefallre-

gelung werde sie nachreichen, sagte sie auf Nachfrage zu.

Behindertengerechte Toilette

Im Rahmen der Inklusion sei die Ausstattung des Bürgertreffs mit einer behindertengerechten Toilette ein wichtiges Anliegen, aber in der mittelfristigen Haushaltsplanung stehen keine Investitionsmittel zur Verfügung. Lt. Berechnungen des KIS fielen Kosten von 11.000 Euro an, so die Antwort der Verwaltung auf die Frage von Dr. Sigrid Müller.

Humboldtbrücke

Wann die Sanierungsarbeiten an der Humboldtbrücke abgeschlossen sind, fragte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg.

Matthias Klipp teilte mit, dass nach anfänglichen Schwierigkeiten im 1. Bauabschnitt nun beim 2. Bauabschnitt eine „Wende“ eingetreten ist. „Es läuft im Kosten- und im Zeitrahmen“, sagte er, er sei sehr optimistisch, dass die wichtigste Infrastrukturmaßnahme in Potsdam wie geplant Ende 2015 abgeschlossen werden kann. Einen großen Teil der Bau-tätigkeit finde im Inneren des Brückenkörpers statt, so dass von außen nicht viel zu sehen sei.

Abgelehnt

Moratorium Garnisonkirche

Begleitend zum angekündigten Bürgerdialog soll ein Moratorium zum Wiederaufbau der Garnisonkirche beschlossen werden. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg begründete den Antrag. Es mache wenig Sinn, einen Dialog zu führen, wenn das Ergebnis feststeht. „Ein Moratorium ist die Voraussetzung für einen echten Dialog“, sagte er. Ein Versöhnungszentrum könne man nicht gegen eine große Gegnerschaft in der Bevölkerung aufbauen, die bei der Befragung offenkundig geworden war. Der Antrag wurde mit Verweis darauf, dass nur der Stiftungsrat und nicht die Stadt zuständig sei, abgelehnt.

B-Plan Nr. 36-1

Speicherstadt/Leipziger Straße

Mit ihrem Änderungsantrag zum Bebauungsplan Nr. 36-1 „Speicherstadt/Leipziger Straße“ wollte die LINKE erreichen, dass die Baupläne auf beiden Seiten der Leipziger Straße so geändert werden, dass eine begrünte Sicht- und Wegebeziehung bis zum Uferweg an der Havel entsteht. Die in Wechselwirkung stehenden B-Pläne sollten „harmonisiert“ werden, sagte Ralf Jäckel.

Nach der Drohung von Matthias Klipp, dann müsse das ganze Verfahren neu begonnen werden, wurde der Antrag von den Stadtverordneten abgelehnt.



Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107, Beginn jeweils 18 Uhr
05., 12., 19. und 26. Januar; 09. und 16. Februar (02. bis 06.02. Ferien)

7. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Stadthaus, Plenarsaal 28. Januar 2015, Beginn 15 Uhr Frühschoppen „Rathausreport live“

01. Februar 2015, Beginn 10 Uhr
Club 91, Kastanienallee 22d, Potsdam West

Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 1/2015

06. bis 11.02.2015 (außer Sa. und So.)

Sie haben auch die Möglichkeit, den „Rathausreport“ an den Info-Ständen der Fraktion DIE LINKE in den Stadtteilen zu bekommen
Bitte denken Sie daran: Wenn Sie ein Abo für den „Rathausreport“ abschließen möchten, senden Sie bitte bis zum Jahresende 2014 für die 8 Ausgaben 2015 8 Briefmarken à 1,00 Euro an die Fraktion.

Vorschlag für Kaufhalle Bisamkiez

Das bewegte natürlich die Gemüter beim Rathausreport live Frühschoppen im Bürgerhaus am Schlaatz mit der Fraktion der LINKEN in der Stadtverordnetenversammlung. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg hatte eine Idee vorgebracht, wie es mit der seit einem Jahr leerstehenden Kaufhalle Am Bisamkiez weitergehen könnte: Bemühungen, einen weiteren Einzelhandelsbetreiber dort anzusiedeln, blieben bisher ohne Erfolg. Für kleinen Einzelhandel des täglichen Bedarfs (Bäcker und Fleischer) sei das Objekt zu groß. Die Chance bestehe, den Einzelhandel an eine größere Nutzung zu koppeln. Und da gebe es ja aktuell den Bedarf nach Räumlichkeiten für das Extavium. Ein funktionstüchtiges Gebäude mit 1300 Quadratmetern, für das REWE noch bis 2016 Miete bezahlt – warum sollte das nicht dafür günstig zu nutzen sein? Noch dazu für den Extavium-Zweck bestens geeignet: mit Straßenbahnanschluss, Parkplätzen und Freifläche. Scharfenberg wird seine Idee weiter verfolgen, zumal sich die Verwaltung bisher nicht im Stande sah, dem Extavium einen neuen Standort vorzuschlagen. Das ist aber dringend erforderlich, weil diese vor allem von Kindern und Jugendlichen genutzte Einrichtung zum 1. Februar 2015 die Caligari-Halle im Filmpark räumen muss.

Weiter verfolgen wird die LINKE auch den von ihr unterstützten Grundstückskauf durch die Garagengemeinschaft „Unter den Eichen und Meisenweg“. Die Gemeinschaft von 221 Garagenbesitzern hatte der Stadt ein Kaufangebot über den Verkehrswert von 750.000 Euro unterbreitet. Ein von der Stadt bestellter Gutachter ermittelt dann jedoch 1,5 Millionen für „baureifes Land“. Die Garagengemeinschaft bezahlte daraufhin ein anderes Gutachten, das ein beträchtliches Altlastenvorkommen durch einstige Verbringung von u.a. Bauschutt nachweist und den Grundstückspreis wiederum kräftig mindert, eine Wohnungsbebauung



Die ehemalige Kaufhalle Am Bisamkiez – eine Chance für das Extavium?

schließlich nur mit großem finanziellen Aufwand von etwa 15 bis 30 Mio. Euro ermöglichen würde. Die Entscheidung wurde nun auf das nächste Jahr verschoben, übermittelte Hans-Jürgen Scharfenberg. DIE LINKE werde den Prozess weiter kritisch verfolgen, letztendlich gehe es auch um 750.000 Euro Einnahmen der Stadt, die dem Haushalt zugute kommen würden.

Eingangs des Frühschoppens hatte Hans-Jürgen Scharfenberg einige Anträge der LINKEN aus der 6. Stadtverordnetenversammlung erläutert und aktuelle Themen kommentiert.

Zum am Vortag erfolgten Spatenstich für das Sport- und Freizeitbad erinnerte Scharfenberg daran, dass DIE LINKE von Anfang an für einen Neubau an diesem Standort bzw. für die Sanierung der bestehenden Schwimmhalle gekämpft hatte. „Der Umweg, weil der Oberbürgermeister mit seiner Rathauskooperation unbedingt ins Bornstedter Feld wollte, hat viel Zeit und Geld gekostet. Das Bad hätte jetzt schon fertig sein können.“ Ende 2016 soll es nun eröffnet werden. Zur Erhaltung der ehemaligen Gaststätte Minsk gebe es ein Nutzungskonzept des Landessportbundes, der dort als freier Träger eine Kita einrichten will. Er erfüllt auch die Auflage von 1,5 Millionen Erwerbskosten für das Grundstück, die in die Finanzierung des Bades fließen sollen. Die Verwaltung wolle den Vorschlag nun bis Mai 2015 prüfen. Die Anzeichen stünden allerdings so, dass der Nachweis erbracht werden soll, dass „wir dort keine Kita-Plätze brauchen“, erklärte Scharfenberg. „Das werden wir auf keinen Fall akzeptieren.“

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam